

Januar 2023

Altersarmut von Frauen verhindern: Rente verbessern – Tarifbindung wirkt

Es sind erneut alarmierende Zahlen: Jeder dritten Frau, die ihr Arbeitsleben lang Vollzeit tätig ist, droht eine Rente von weniger als 1.000 Euro pro Monat.



Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales verdienen rund 2,7 Millionen vollzeitbeschäftigte Frauen so wenig, dass ihre monatliche Rente auch bei regulärem Renteneintritt nach 40 Jahren unter 1.000 Euro liegen wird. Das entspricht fast 40 Prozent aller Vollzeit-Arbeitnehmerinnen. Mehr als die Hälfte aller vollzeitbeschäftigten Frauen erhalten später weniger als 1.200 Euro Rente.

„Dass vielen Frauen eine niedrige Rente droht, obwohl sie jahrzehntelang in Vollzeit tätig waren, ist nicht hinnehmbar. Wenn sich daran nichts ändert, ist Altersarmut für viele Frauen vorprogrammiert“, erklärt die Vorsitzende der EVG-Bundesfrauenleitung, Nadja Houy. „Deshalb braucht es vor allem bessere Löhne. Und diese gibt es insbesondere mit Tarifbindung, wie sie in unserem Organisationsgebiet die Regel ist – denn dort, wo Tarifverträge gelten, verdienen Frauen im Schnitt fast ein Viertel mehr!“

Die besorgniserregenden Zahlen machen zudem deutlich, dass Verbesserungen bei der gesetzlichen Rente notwendig sind. „Das Rentenniveau muss dauerhaft mit einer gesetzlichen Haltelinie gesichert werden. Wir fordern als EVG dabei eine Anhebung des Rentenniveaus auf mindestens 50 Prozent“, so die Stellvertretende EVG-Vorsitzende Cosima Ingenschay. Die Ampel-Koalition müsse auch die Grundrente ernsthaft evaluieren und nötige Verbesserungen vornehmen, von denen insbesondere Frauen profitieren.

Zudem haben Nadja Houy und Cosima Ingenschay auch die Frauen im Blick, die keine 40 Jahre Vollzeit arbeiten können, weil sie oftmals immer noch jahrelang unbezahlt Sorge- und Pflegearbeit übernehmen: „Wir fordern als EVG eine bessere Anerkennung der Zeiten, in denen Kinder oder Pflegebedürftige betreut wurden. Diese unbezahlte Arbeit muss aber auch fairer zwischen den Geschlechtern verteilt werden, genau wie auch die Vollzeiterwerbsarbeit. Wenn die Bundesregierung ihr angekündigtes ‚Jahrzehnt der Gleichstellung‘ realisieren will, muss hier endlich etwas passieren.“